

LESEROBMANN

Ein Stuhl, der fährt



REINHARD OLDEHEWE
TELEFON: 0371 656-65666 (10-12 Uhr)
TELEFAX: 0371 656-17041
E-MAIL: leser-obmann@freiepresse.de

Wissen Sie, liebe Leser, was ein Fahrstuhl ist? Sind Sie vielleicht schon in einem oder – denn darum geht es in dieser Kolumne – mit einem mal stecken geblieben? Bevor Sie antworten, weil Sie sich ganz sicher sind, richtig zu liegen, möchte ich zu bedenken geben, was das Wort in seiner semantischen Bedeutung meint: Der Fahrstuhl ist ein Stuhl, der fahren kann. So gesehen ist das, was wir einen Rollstuhl nennen, eigentlich ein Fahrstuhl, und die Sitzgelegenheit, die entlang des Geländers eine Treppe (ich betone) hochfahren kann, ist weniger ein Treppenlift, weil der Stuhl gezogen wird, als vielmehr eben ein Fahrstuhl.

Lange Rede (Einleitung), kurzer Sinn (auf den Punkt gebracht): Fünf Leser haben sich bei mir gemeldet, nachdem sie am vergangenen Donnerstag auf der Seite Sachsen den Artikel „Der Tüv beanstandet rund jeden zweiten Fahrstuhl in Sachsen“ gelesen hatten. Alle hatten den gleichen Grund, dieser Mann darf ihn nennen: „Wann wird man es denn nun endlich einmal lernen, dass es nicht Fahrstuhl, sondern Aufzug lautet?“ Etwas mehr Mühe hat sich dieser Leser gegeben: „Ich betreibe keine Kümmelspalterei, sondern verweise darauf, dass wir in einer Zeit leben, in welcher um Begriffe und deren Inhalt politischer Streit entfacht wird.“ (Nur nebenbei, ich habe nachgeforscht: „Kümmelspalter“ gibt es tatsächlich, man nennt sie auch „Wortklauber“.)

Damit sind wir bei einem meiner Lieblingsthemen angelangt: Wörter, die falsch sind, aber bei deren Gebrauch jeder weiß, was damit gemeint ist, weshalb sie in ihrer Verwendung üblich und meiner Ansicht nach auch vertretbar, also richtig sind. Sie erinnern sich, liebe Leser, an meine Liste, über die ich hier schon mal geschrieben habe? Vier Beispiele für solche „falschen“ Bezeichnungen: 1. Räder statt Reifen. 2. Stundenkilometer statt Kilometer pro Stunde. 3. Luftdruck statt Reifeninnendruck. 4. Wärter (nur im Zoo) statt Vollzugsbeamter. Und nun ist der „Fahrstuhl“ als gebräuchliches Synonym für Aufzug neu hinzugekommen; und niemand – Hand aufs Herz, Ihr lieben Hüter der deutschen Sprache – würde nicht wissen, was gemeint ist, wenn ein Fahrstuhl mal nicht kommt. Also: ruhig bleiben, tief durchatmen.

Damit habe ich rund drei Viertel dieser Kolumne gefüllt und darf Ihnen nun dies gestehen: Ich habe über den Fahrstuhl, der ein Aufzug ist, weil er nicht fahren kann, sondern gezogen wird, und über die Beschwerden der Leser nur geschrieben, um nach vier Kolumnen mal wieder eine schreiben zu dürfen, in der es nicht um die Ängste und Sorgen geht, die wir uns alle angesichts der aktuellen Ereignisse in Chemnitz und anderen Städten zurzeit machen, sondern um etwas, das uns zwar auch nachdenklich stimmt, aber für keine (zusätzlichen) Falten im Gesicht sorgt. Und vielleicht darf uns allen, weil wir uns nur ein bisschen wundern, solch ein Thema auch einmal ein Schmunzeln ins Gesicht zaubern. Manchmal tut in schwierigen Zeiten ein Lächeln einfach nur gut.

HINWEIS

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinnwahrend zu bearbeiten. Leserbriefe geben stets die Meinung ihres Verfassers und nicht die der Redaktion wieder. E-Mails müssen die vollständige Adresse enthalten. Anonyme Zuschriften werden grundsätzlich nicht veröffentlicht.

Bodenhaftung längst verloren

Der Streit um den „Fall Maaßen“ hat zu einer Krise innerhalb der Regierungskoalition geführt. Zu Berichten darüber äußern sich Leser in ihren Briefen an die Redaktion. Auch zur Entscheidung: Versetzung ja, Beförderung nein.

Demokratie ist in Gefahr

Wochenlang zog sich der Entscheidungsprozess hin und ist an Instinktlosigkeit und teilweise Naivität der Parteivorsitzenden von CSU, CDU und der SPD sowie in Doppelfunktion des Innenministers Seehofer und der Bundeskanzlerin nicht zu überbieten. Es wird deutlich, dass Politiker die Bodenhaftung verloren, kein Gespür für sachliche und klare Entscheidungen mehr haben und sich von der mehrheitlichen Meinung der Bevölkerung zunehmend entfernen. Der allgemeinen Politikverdrossenheit wird damit Tür und Tor geöffnet. Es zeigt auch, dass es in der Bevölkerung eine berechtigte, aber auch nicht näher definierte Unzufriedenheit gibt, die rechtsnationalen, nationalistischen und sogar nazistischen Kräften Auftrieb gibt und Zulauf beschert. Dies hat zu unterschiedlichen politischen Haltungen in der Bundesregierung geführt und verhindert eine zügige und einheitliche Handlungsweise. Dabei besteht Handlungsbedarf zur Sicherung unserer Demokratie. Maaßen hat sich mit seinen Äußerungen zu den Ereignissen sowie durch weitere Verhaltensweisen selbst disqualifiziert und ist zu einem Sicherheitsrisiko geworden. Es ist ein Unding, dass er nach seiner Abberufung als Präsident des Verfassungsschutzes sogar zum Staatssekretär mit entsprechendem höheren Bezügen befördert und als Krönung der als Baufachmann tätige SPD-Innenstaatssekretär Gunther Adler dafür in den Ruhestand geschickt werden sollte, damit das schon mit Staatssekretären überproportional besetzte Innenministerium nicht noch mehr aufgebläht werden würde. Das Unverständnis und der Sturm der Entrüstung in der Öffentlichkeit waren vorhersehbar und verständlich. Das mit dem jüngsten, vermeintlich gesichtswahrenden Kompromiss längerfristig eine vertrauenswürdige und sachorientierte Zusammenarbeit in der Groko erreicht werden



Innenminister Horst Seehofer (r.) will Hans-Georg Maaßen als Mitarbeiter nicht verlieren. FOTO: BERND VON JUTRCZENKA/DPA

kann, wäre zwar wünschenswert, darf aber bezweifelt werden.
Bernd Schlegel, Chemnitz

Dann Drama auf Spielplan

Brechts Stück vom „Aufhaltsamen Aufstieg des Arturo Ui“ wird dem epischen Theater zugeordnet. Das Stück, das die Spitzen der Großen Koalition aufgeführt haben, sollte den Titel „Der unaufhaltsame Aufstieg des Hans-Georg Maaßen“ tragen und in die Kategorie „Schmierentheater“ eingeteilt werden. Wie anders kann man die Darbietung bezeichnen, in der der politisch untragbar gewordene oberste Verfassungsschutz für sein „Vergehen“ mit einer Versetzung in die deutlich höher dotierte Stelle eines Staatssekretärs im Innenministerium „bestraft“ werden sollte? Die Regisseure sollten sich nicht wundern, wenn das Publikum, das Wahlvolk, wenig Beifall zollt. Wenn sich in der Regie des „Theaters BRD“ nichts ändert, könnte bald ein Drama auf dem Spielplan stehen, befürchte ich.
Rudolf Müller, Aue

Vertrauen sinkt weiter

Das gibt es auch nur bei der deutschen Bundesregierung. Man macht einen Fehler, in diesem Fall ist es nur einer aus einer ganzen Reihe, und wird dafür seines Amtes enthoben. Als „Dank“ sollte man eine neue An-

stellung bekommen, bei der man auch noch deutlich mehr verdient hätte. Einen normalen Arbeitnehmer hätte man einfach entlassen, und fertig ist es. Die Große Koalition braucht sich da nicht mehr zu wundern, dass das Vertrauen in sie unter den Wählern immer weiter sinkt.
Frank Rausendorf, Beutha

Nur ein weiteres Beispiel

Was ist nur aus Deutschland geworden? Wer geglaubt hat, das Gemaschel bei der Aufarbeitung des Dieselskandals ist nicht mehr zu toppen, hat sich geirrt. Es geht in voller Breite so weiter. Der Fall Maaßen ist ein weiteres Beispiel. Das Schlimmste aber ist, dass die Befindlichkeiten der Menschen keine Rolle mehr spielen. Nach dem Motto „Uns geht es gut“ hat sich das Regierungslager vom Rest der Bevölkerung abgekoppelt. Die negativen Auswirkungen auf eine breite Schicht mit Wirkung auf das soziale Gefälle und den entsprechenden Folgen werden von Jahr zu Jahr größer und deutlicher: Agenda 2010, Abkopplung der Bevölkerungsmehrheit vom wachsenden Reichtum des Landes, Einsparungen statt Investitionen bei den tragenden Säulen der Gesellschaft wie Sicherheit, Bildung, Gesundheitswesen, Pflege, eine Finanz- und Zinspolitik zu Lasten der Kleinsparer, eine Wohnungspolitik, die be-

zahlbare Wohnungen für viele nicht mehr hergibt, und eine Außenpolitik, die mehr den Interessen der Waffenindustrie als den Interessen und der Sicherheit der Menschen dient.
Dietmar Sobotta, Chemnitz

Pflichtbewusst gehandelt

Die Menschen sind 1989 auf die Straße gegangen, um einen demokratischen Rechtsstaat zu bekommen, mit Meinungsfreiheit und Beachtung des Willens des Volkes. Nichts anderes hat Maaßen über Jahre hinweg verteidigt. Als Schützer der Grundwerte der Gesellschaft musste er pflichtbewusst davor warnen, dass eine unkontrollierte Zuwanderung unsere Ordnung gefährden könnte, und so ist es ja auch gekommen. Damit ist er in Ungnade gefallen, und nun war Gelegenheit, ihn wegen einer unglücklichen Formulierung loszuwerden. Auf dem Video sind lediglich rennende Menschen augenscheinlich unterschiedlicher Herkunft zu sehen, und ein Abwiegen der Bedeutung dessen von der Staatstragödie weg muss auch dem Verfassungsschutzpräsidenten erlaubt sein. Seine Amtsenthebung erinnert sehr an DDR-Zeiten, als politisch Andersdenkende erst gar keine Chance hatten oder eskalant beobachtet wurden. Wohin soll das noch führen?
Andreas Vogt, Großrückerswalde

Aber dann wird es leider schon dunkel

Die Diskussion dauert an: Wenn die Zeitumstellung ab 2020 abgeschafft wird – welche der beiden Möglichkeiten soll dann gelten? Erstmals spricht sich eine Leserin für die ständige Sommerzeit aus.

Mehr Zeit zum Entspannen

Gleich vorweg: Ich bin ein großer Fan der Sommerzeit und gehöre zu denen, die täglich 4.30 Uhr aufstehen, um zur Arbeit zu gehen. Da ist es, außer im Hochsommer, immer dunkel. Na und? Ich muss zur Arbeit, da bringt mir das Licht nicht wirklich was. Jedoch abends, zum Feierabend, bringt mir die Stunde viel Freizeitgewinn, der mir, logischerweise auch weniger im Hochsommer, sondern viel mehr in den Übergangszeiten wie April/Mai oder September/Oktober Lebensqualität

schaft. Ich kann noch im Hellen im Garten werkeln oder lange Abendspaziergänge machen. Ich brauche nicht die Stunde zum „Partymachen“, sondern zur Entspannung und zum Licht- und Sonnetanken. Und wer bitte hat Schlafmangel durch Sommerzeit? Die, die Party machen, brauchen doch nicht Licht dazu. Und wer zu spät ins Bett geht, ist früh immer müde. Sorry, aber trotz Sommerzeit ist es jetzt aktuell abends um 21 Uhr dunkel. Da stört doch zum Schlafen niemanden die Stunde Licht. Also, was soll dann diese Diskussion? Die Überschrift „Ständige Sommerzeit will keiner“ ist also mehr als irreführend, denn ein großer Teil der berufstätigen Menschen genießt sehr wohl die eine Stunde Freizeit- und Lichtgewinn am Feierabend. Denn allen Gegnern der Sommerzeit sei gesagt: Ich hätte mir an manchem sonnigen Wintertag genau diese Stunde gewünscht, um nach der Arbeit vielleicht auch noch bisschen spazieren zu gehen. Aber da wird es leider schon dunkel.
Antje Ihle, Mülsen



Die Zeitumstellung soll abgeschafft werden, aber: Welche Zeit soll dann ab 2020 gelten? FOTO: PATRICK PLEUL/DPA

Gemütlichere Weihnachtszeit

Ich würde mich freuen, wenn die Zeitumstellung beibehalten würde. Ohne Sommerzeit würde es jetzt schon 19.30 Uhr finster sein. Die meisten Menschen arbeiten in Gebäuden oft auch ohne Tageslicht, teilweise auch mit Gerüchen, die der Produktionsprozess mit sich bringt.

Da ist man froh, wenn man am Feierabend noch bei Tageslicht und frischer Luft ins Freie kann. Ohne Sommerzeit ist das nur noch kurz oder im Oktober gar nicht mehr möglich. Wer Sitzarbeit hat, sehnt sich nach Bewegung in frischer Luft. Es gibt auch noch so manche Arbeit in Haus, Hof und Garten. Ständig Sommerzeit wäre aber auch nicht gut, da es im Winter erst 9 Uhr hell wird. Manche sind bei der Arbeit auf Tageslicht angewiesen. Abends kann es ruhig schon 16 Uhr finster werden. Das ist besonders in der Weihnachtszeit gemüthlicher. Wer die Zeitumstellung abschaffen will, sollte auch die Wochenenden und den Urlaub abschaffen, denn da wird auch kaum jemand mit Wecker aufstehen. Ich habe mal rollende Woche gearbeitet, da muss man sich alle zwei Tage an eine andere Schicht gewöhnen. Besonders die Nachtschichten und das Schlafen bei Tag sind belastend. Dagegen ist die Zeitumstellung zweimal im Jahr wohl kein Problem.
Jonathan Beier, Pockau-Lengfeld

Warnende Stimmen ignoriert

In dem Essay „Unsere Kämpfe“ ging es um die Folgen und den richtigen Umgang mit der Angst.

Der Beitrag ist einer der wenigen Versuche, nicht schwarz-weiß zu malen, in Lager einzuteilen, sondern die Menschen, ihre Emotionen zu verstehen, und eine Antwort auf die Frage „warum in Chemnitz, warum in Sachsen, warum im Osten?“ zu geben. Die Clique um Kohl hat versprochen, uns alles zu geben, doch in Wahrheit hat sie uns (fast) alles genommen. Es wurde Lebensgefühl gegen Buntfernseher, Solidarität gegen Volkswagen eingetauscht. Und eher unbemerkt wurde plattgemacht. Aus Angst, der Osten könne irgendwann Konkurrenz machen. Auch wenn die Wirtschaft marode war, es gab einiges, das zu erhalten oder mit Hilfe auf Vordermann zu bringen sich gelohnt hätte, besonders in Sachsen. Stattdessen hat man uns wie Ureinwohner behandelt, denen die guten Kolonialisten Wohlstand bringen. Und das dauert an. Was in den Menschen bewirkt wurde, hat keinen interessiert. Nicht umsonst ist es ja vor allem die Generation, die das noch erlebt hat, die wieder als „Volk“ behandelt werden und wieder das Gefühl von Solidarität haben will. Das Gefühl der Angst beherrscht uns dabei im Unterbewusstsein, und jedes Ventil ist willkommen. Alles ist nachvollziehbar, bis auf die Tatsache, dass man dem Irrglauben verfällt, dass Gauland, Höcke oder Weidel oder auch ein Kohlmann vom Himmel gestiegen sind, um weiter nichts zu tun, als sie zu erlösen. Die Erkenntnis, benutzt zu werden, ist kein Allgemeingut, und warnende Stimmen werden ignoriert oder weggebrüllt, man ist ja endlich wieder „viele“. Dann ist die Angst nicht mehr so groß.
Jochen Bonitz, Limbach-Oberfrohna

Hundeführerschein hat keinen Nutzen

Zum Bericht „Tierärzte und Politiker fordern Halterprüfung für Hundebesitzer“:

Für was soll das gut sein, ein Stück Papier, das berechtigt, einen Hund zu führen? Also darf nur noch derjenige mit dem Hund gehen, der das nachweisen kann? Ein Hund ist nun mal ein Hund, und den kann man nicht zu 100 Prozent kontrollieren. Wir haben auch gefährliche Mitmenschen, die niemand kontrolliert. Es wird immer mal nicht beherrschbare Situationen in unserem Leben geben. Nicht umsonst hat die Schweiz es wieder abgeschafft, es gibt keinen wirklichen Nutzen.
Karola Becher, Schmeeburg

Der Zweck war eigentlich ein anderer

Zum Bericht „Polizei erwischt fast 3100 Handysünder“:

Super, so ein Aktionstag der Polizei zur Verkehrssicherheit mit Schwerpunkt Handynutzung. Was wurde bezweckt? Sensibilisierung der Autofahrer? Sicher, aber ging es nicht in Wahrheit darum, der Nation zu zeigen: Seht her, wir sind nicht nur zur Absicherung von Fußballspielen oder Demos unterwegs, nein, ab und zu führen wir uns auch für die Verkehrssicherheit zuständig? Dass das viel zu wenig ist, wissen wir alle, aber die reduzierte Personaldecke lässt eben nicht beides zu, entweder Demos und Hooligans begleiten oder mehr Präsenz im manchmal rechtsfreien Raum Straßenverkehr zeigen. Armes, reiches Deutschland.
Horst Ellinger, Bad Elster